**Presseinformation**

29. Juni 2009

# Spatenstich zur Erweiterung des Landesgerichts St. Pölten

## Pröll: Sicherheit entsteht auch in den Gerichtssälen

In St. Pölten nahmen heute, Montag, 29. Juni, Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Justizministerin Dr. Claudia Bandion-Ortner gemeinsam mit Vertretern der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und der Stadt St. Pölten den Spatenstich zur Erweiterung des örtlichen Landesgerichts vor.

„Das Geben und Schaffen von Sicherheit ist nicht nur die Verantwortung der Polizei, sondern Sicherheit entsteht auch in den Gerichtssälen. Die Schaffung von entsprechender Infrastruktur ist notwendig für die Erbringung der Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Justiz. Die Erweiterung des Landesgerichts St. Pölten ist auch unter diesem Aspekt zu sehen", meinte der Landeshauptmann, der auch die „unkomplizierte und gute Zusammenarbeit" mit dem Justizministerium unterstrich.

Auch die Justizministerin betonte, dass die Justiz Sicherheit schaffe und meinte, dass der Zubau in St. Pölten widerspiegle, dass die Justiz sich auch als serviceorientierte Instanz zugunsten der BürgerInnen verstehe.

Die Erweiterung des Landesgerichts St. Pölten war aufgrund der Verlagerung des Bezirksgerichts Herzogenburg und aufgrund der Strafrechtsreform notwendig geworden. Der Baubeginn für die Erweiterung ist für kommenden Juli geplant, die Fertigstellung soll Ende 2010 erfolgen. Die Baukosten belaufen sich auf 8 Millionen Euro netto. Das Bürogebäude soll eine Fläche von 2.617 Quadratmetern aufweisen, weiters entsteht eine Tiefgarage, deren Größe 1.729 Quadratmeter betragen soll. Als Bauherr fungiert die BIG, Auftraggeber ist das Justizministerium. Der jüngste Zubau erfolgte am Landesgericht St. Pölten in den neunziger Jahren; 1994 wurden die Arbeiten damals abgeschlossen. 1997 wurde der Altbau renoviert und 2004 wurde der Antrag für die Errichtung neuer Räumlichkeiten aufgrund des aus den genannten Gründen resultierenden Mehrbedarfs gestellt. Die dazu notwendige Machbarkeitsstudie erfolgte 2006, im Juni 2007 wurde der Architektenwettbewerb abgeschlossen.

Aktuell sind im Bundesland Niederösterreich im Bereich der Justiz mehrere Projekte am Laufen: Ein entsprechender Ausbau in Wiener Neudorf konnte bereits fertig gestellt werden, derzeit ist man in den Justizanstalten Krems, Sonnberg und Gerasdorf mit Ausbau- und Erweiterungsarbeiten befasst. In Korneuburg soll noch heuer mit dem Neubau eines Justizzentrums begonnen werden, in welches etwa 80 Millionen Euro fließen sollen. Ebenfalls noch heuer am Programm stehen Arbeiten am Bezirksgericht Baden und an der Sicherheitstechnik der Justizanstalt Stein. Auch in Münchendorf und am


E-Mail: presse@noel.gv.at

## Presseinformation

Bezirksgericht Neunkirchen sind noch Maßnahmen geplant. Die Gesamterrichtungskosten belaufen sich nach derzeitigem Stand auf rund 150 Millionen Euro.

Nähere Informationen: Bundesimmobiliengesellschaft, Telefon 05 0244-0, e-mail office@big.at.


E-Mail: presse@noel.gv.at